Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Oehl, Kupferberg, Rade vormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 282 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (84 mm breit) 6 Goldpfennig, für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. — | Halver Mittwoch, den 2. Dezember | Erscheint wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild", „Des Landmanns Sonntagsblatt" und „Herd und Scholle" | 1925

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die deutsche Delegation sowie die Vertretungen der anderen Staaten sind zur Unterzeichnung des Locarnoer Vertrages in London eingetroffen.

* In Köln hat die Räumung der Kölner Zone Montag mit einem Abtransport englischer Truppen begonnen.

* Die Provinziallandtagswahlen und Kreistagswahlen in Preußen sind bei geringer Wahlbeteiligung ruhig verlaufen.

* In Peking fanden revolutionäre Kundgebungen von Studenten statt, die den Sturz der Regierung verlangen.

* In den Ländern um das Mittelmeer hat ein Zyklon sehr großen Schaden angerichtet.

Deutsche Wünsche.

Auf ihrem Wege zur Unterzeichnung des Vertrages von Locarno wird die deutsche mittlerweile in London eingetroffene Delegation die Mitteilung erhalten haben, daß der Beginn der Räumung Kölns durch die Engländer schon auf den 30. November festgelegt wurde. Vielleicht wird sie in London aber auch Genaueres erfahren über die künftige Stärke der Besatzungstruppen, worüber zurzeit namentlich zwischen Paris und London verhandelt wird. Angeblich sollen die englischen Truppen nur um 900 Mann vermindert, dagegen die belgische Besatzung um etwa die Hälfte herabgesetzt werden, da ja gerade diese Macht fast ausschließlich in der nördlichen Zone stationiert ist. Die Franzosen haben dort bisher etwa 30 000 Mann stehen, die abtransportiert werden sollen. Auch die Besatzung der zweiten und dritten Zone soll soweit vermindert werden, daß schließlich alles in allem, das Bureaupersonal eingeschlossen, nur noch 40 000 bis 45 000 Mann fremde Truppen verbleiben werden.

Die deutsche Delegation ist ja sowohl zur Unterzeichnung wie zu dem ausdrücklichen Zweck nach London gefahren, um auch hierüber Klarheit zu gewinnen. Des weiteren natürlich auch darüber, wie die Entente sich zur Verkürzung der Besatzungsfristen stellt. Man muß immer wieder darauf hinweisen, daß diese Besatzung jetzt völlig ihren Sinn verloren hat, da die Vereinbarung von Locarno vom Standpunkt der Gleichberechtigung ausgehend eine friedliche Verständigung an die Stelle der militärischen Zwangsmaßnahmen des Versailler Friedens stellt und daß dessen wirtschaftliche Sicherungen durch die Garantie des Dawes-Abkommens ersetzt sind. Die Entwaffnungs- und Neutralisierungsbestimmungen des Versailler Vertrages sind jetzt garantiert durch die eingehenden Schiedsverträge und durch die Richtlinien des Völkerbundes über Friedensbruch und Vertragsverletzungen. Dazu kommt noch für uns Deutsche ein fast untragbarer Gedanke, daß z. B. alle deutschen rechtsgültig zustande gekommenen Gesetze und Verordnungen erst der Zustimmung der Rheinlandkommission bedürfen, ehe sie auch im besetzten Gebiet Rechtsgültigkeit haben. Das berührt allein schon die Notwendigkeit, die ganze Art einer durchgreifenden Reform zu unterziehen, wie im Rheinland das Besatzungsregime durchgeführt wird. Trotz der bereits vollzogenen Aufhebung einer Reihe von „Ordonnanzen" bleibt noch viel zu beseitigen übrig, was nach dem Wortlaut, vor allem aber nach der Methode über die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinausgeht, was sich vor allem aber mit dem Geist von Locarno nicht verträgt. Dazu gehört wohl auch, daß die versprochene Amnestie gänzlich durchgeführt wird, was bisher nicht geschehen ist; gehört auch z. B. das immer noch bestehende Einreiseverbot für eine ganze Reihe deutscher Persönlichkeiten, die seit Jahren ausgewiesen sind.

Und schließlich wird deutscherseits auch die Saarfrage angeschnitten werden müssen. Die zahllosen Beschwerden aus dem Saargebiet selbst beweisen, wie notwendig das ist. Deutsche Wünsche, deutsche Widersprüche gegen die Französierungspolitik sind bisher vom Völkerbund unberücksichtigt gelassen worden; so sehr ist das Gebiet noch jetzt vom Deutschen Reich abgetrennt, daß dort seit 1918 kein deutsches Gesetz eingeführt werden darf, daß dort auch kein Volksvertreter in den Deutschen Reichstag entsandt wird. Hier muß eine grundsätzliche Änderung erzielt werden; denn praktisch steht dieses Land politisch noch viel schlechter da als das besetzte Rheinland. Grundsätzlich auch insofern, als die Behandlung dieses Gebietes angeblich vor allem durch wirtschaftliche Gesichtspunkte beeinflußt wird oder vielmehr sein soll.

Daneben denkt man noch an zwei weitere Dinge, die aus dem Grundsatz der Gleichberechtigung entspringen: Wie stellt sich der Völkerbund, dem wir jetzt beitreten werden, zur Frage der Kolonialmandate an Deutschland? Und wie zu der allgemeinen Abrüstung?

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Liquidierung von Rentenbankscheinen.

Wie der Nachrichtendienst der Deutschen Rentenbank mitteilt, wurden von der Deutschen Rentenbank dem Tilgungsfonds für die Rentenbankscheine bei der Reichsbank 193 444 861 Rentenmark gemäß § 11 des Gesetzes über die Liquidierung des Umlaufs an Rentenbankscheinen vom 30. August 1924 zugeführt. Trotz der ungeheuerlichen Kreditnot der Landwirtschaft ist es den Bemühungen der Deutschen Rentenbank gelungen, unter Zuhilfenahme von Reserven ihren Verpflichtungen ohne allzu schwere Erschütterung der Wirtschaft voll nachzukommen. Damit ist die Erfüllung eines wichtigen Teiles des Londoner Abkommens für dieses Jahr ermöglicht worden.

Das deutsche Handwerk für den Preisabbau.

In einer außerordentlichen Sitzung hat der Ausschuß des Reichsverbandes des deutschen Handwerks im Zusammenhang mit der Preissenkungsaktion der Regierung in einer Entschließung als wirksamstes Mittel zur Bekämpfung der Teuerung das freie Spiel der Kräfte in allen Zweigen der Wirtschaft bezeichnet. Es soll vorläufig die Festsetzung von Richt- oder Mindestpreisen durch Innungen oder Innungsverbände sowie die Verhängung von Ordnungsstrafen bei Preisunterbietungen unterbleiben.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Reichspräsident von Hindenburg hat an den Oberbürgermeister von Dortmund anläßlich der Einweihung der Westfalenhalle ein Telegramm gesandt, in dem er der Hoffnung Ausdruck gibt, daß das stolze Bauwerk eine Sammelstelle ertüchtigender Leibesübungen und gemeinnütziger Bestrebungen sein möge.

Wien. Wie aus Bozen gemeldet wird, ist dort eine Verordnung ergangen, wonach der Platz, auf dem das Denkmal Walters von der Vogelweide steht, der Walterplatz, umgenannt werden, und bereits vom 1. Dezember ab „Platz des Königs Viktor Emanuel" heißen soll.

Beginn der Kölner Räumung

Die Londoner Verhandlungen.

Mit Montag hat die tatsächliche Räumung der Kölner Zone begonnen, einen Tag früher, als ursprünglich in Aussicht genommen. Zunächst verließen ein Offizier und 100 Mann Engländer die Stadt Köln. Dienstag wird wieder eine Abteilung abfahren. Am 3. Dezember wird das 1. Bataillon des Manchesterregiments nach Königstein abgehen. Die Rheinflottille, bestehend aus 5 Motorschaluppen und 6 kleinen Booten, stellte ihre Operationen Montag ein. Die Besatzungen werden am 6. Dezember die Heimreise antreten. Nach der teilweisen Räumung sollen im besetzten Rheinland im ganzen etwa 45 000 bis 50 000 Franzosen, Engländer und Belgier verbleiben, gegen etwa 115 000 bis 120 000 bisher.

Nach einer Mitteilung des Reuterbureaus wolle Deutschland den Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund erst dann stellen, wenn die Kölner Zone geräumt sei.

Ankunft in London.

Die deutsche Delegation mit den Herren Dr. Luther und Dr. Stresemann traf in London Montag nachmittag gegen 5 Uhr ein, um die gleiche Zeit kamen die Belgier an. Die französische und die tschechoslowakische Delegation wurden um 7 Uhr abends erwartet. Der italienische Vertreter Scialoja traf am Vormittag ein. Der polnische Außenminister befindet sich seit Sonntag abend in London.

Bei der Abreise in Berlin bemerkte Dr. Stresemann, daß die Rückkehr am Freitag und die Demission des Kabinetts dann wohl am Sonnabend erfolgen würde. Wie verlautet, soll die internationale Militärkontrollkommission Berlin am 15. Dezember verlassen.

Die Belegung des besetzten Gebietes.

Die dem Außenminister nahestehende Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz vertritt die Ansicht, daß bei der Umgruppierung der Besatzungstruppen, die sich aus der Montag begonnenen Räumung der ersten Rheinlandzone ergibt, offenbar von den beteiligten militärischen Stellen zunächst nicht in allen Fällen der erforderliche Einklang zwischen wirklichen oder vermeintlichen militärischen Bedürfnissen und der durch die ganzen vorangegangenen politischen Ereignisse notwendigen Rücksichtnahme auf die Bevölkerung des besetzten Gebietes herbeigeführt worden ist. Daraus ergaben sich Beschwerden und Besorgnisse einzelner Städte wie Trier, Jülich, Koblenz, Mainz usw. über drohende oder bereits bekanntgegebene Neuanforderungen von Quartieren. Französische Presseäußerungen, die auf die ersten Ankündigungen derartiger Neu- oder Mehrbelegungen die Maßnahme zu rechtfertigen versuchten, haben auch nicht zur Beruhigung beigetragen, denn dabei wurde die Tatsache unterstrichen, daß die zugesagten Erleichterungen nicht notwendig jeder einzelnen Stadt zugute kommen müßten, daß vielmehr die eine oder andere je nach den militärischen Bedürfnissen sogar stärker belegt werden dürfte, wenn nur die Gesamtheit des Gebiets in den Genuß der Besatzungsverminderung träte. Es soll im Laufe dieser Woche ein endgültiger Belegungsplan für die besetzt-bleibenden Gebiete bekanntgegeben werden, aus dem sich der vorläufig bleibende Stand der Besatzung ergibt.

Der Unterzeichnungssaal.

Im Londoner Auswärtigen Amt sind noch die Handwerker an der Arbeit, um bis Dienstag den Empfangssaal herzurichten für den Unterzeichnungsakt. Die Delegierten werden in einem Raum zusammentreten, der in seiner Einfachheit sich kaum mit anderen zu ähnlichen Zwecken bestimmten Räumen messen kann. Im Londoner Auswärtigen Amt kennt man keine Pracht, sondern nur den Glanz der Tradition. Jeder Tisch, jeder Stuhl hat beinahe eine beispiellos ehrwürdige Geschichte. Die neue Zeit hat fast das Siegel der Tradition zerbrochen und es wird zum Symbol werden, daß drei Scheinwerfer, die für kinematographische Zwecke in einer Ecke auf einem Gerüst jetzt aufgebaut werden, ihr flammendes Licht über die Szene werfen werden. Der Empfangssaal, in dem die Unterzeichnung stattfinden wird, ist etwa 30 Meter lang und 17 Meter breit. Keine strahlenden tausendkerzigen Kronen, nur bescheidene Lampen, die man mühsam für elektrische Beleuchtung umgearbeitet hat. In die Mitte des Saales wird man einen großen Eichentisch stellen. Überlebensgroße Gemälde werden gegenüber dem Tisch, auf dem das letzte Siegel unter den Frieden von Europa gesetzt werden soll, die Wand bedecken. Etwa 250 Personen werden dem Unterzeichnungsakt beiwohnen. Davon werden etwa dreißig an dem großen Tisch in der Mitte des Saales Platz nehmen.

Ende der belgischen Kriegsprozesse.

Die belgische Gesandtschaft teilt mit: Die Deutsche Regierung ist durch die Belgische Regierung benachrichtigt worden, daß der Beschluß gefaßt worden ist, die in contumaciam noch schwebenden gerichtlichen Verfahren für Verbrechen oder Delikte, welche durch Deutsche in Belgien während des Krieges begangen sein sollen, nicht weiter zu verfolgen. Dieser Beschluß ist wegen der damit verbundenen Schwierigkeiten in bezug auf gerichtliche Verfahren, welche in contumaciam nach vielen Jahren verfolgt werden, und wegen der hohen Kosten dieser Prozesse, die keinen praktischen Wert darstellen, gefaßt worden.

Die Belgische Regierung ist außerdem der Meinung, daß nach der Konferenz von Locarno die Weiterverfolgung derartiger Prozesse unnützerweise ein Hindernis für die zu wünschende Beruhigung zwischen beiden Ländern bilden würde.

*

Neubildung der Reichsregierung.

Wie man in Berlin hört, sind die Besprechungen der Reichstagsfraktionen über die Frage der Regierungsbildung im Laufe des Montags wieder aufgenommen worden. Diese Verhandlungen dürften sich einige Zeit hinziehen, bis sie zu einer Lösung der Frage geführt haben. Die Reichsregierung, die Sonnabend zurücktreten will, wird die Geschäfte voraussichtlich noch bis in den Januar hinein weiterführen. Es ist anzunehmen, daß besonders die gegen die Mitte des Monats eintretende Pause in den Plenarverhandlungen des Reichstages zu Besprechungen der Parteien benutzt wird.

Die Provinziallandtagswahlen in Preußen

Sehr geringe Wahlbeteiligung.

Die Neuwahlen zu den Provinziallandtagen und Kreistagen in Preußen sind ohne Zwischenfälle verlaufen. Bemerkenswert ist die große Wahlmüdigkeit, die sich in allen Wahlkreisen gezeigt hat. Die Wahlbeteiligung betrug im Höchstfalle 55 % der Wahlberechtigten, an vielen Orten übten nur 20 % der Wähler ihr Wahlrecht aus. Nach den aus den Abstimmungsprovinzen bisher vorliegenden Meldungen werden die Mandate auf die einzelnen Parteien voraussichtlich folgendermaßen verteilt werden:

Provinz Ostpreußen: Preußenblock (Rechtsparteien) 40, Sozialdemokratische Partei 22, Zentrum 6, Deutschdemokratische Partei 3, Kommunistische Partei 6, Aufwertung und Aufbau 2, Deutsche Wirtschaftspartei (Ostpreuß. Bauernbund) 4, Deutschvölkische Freiheitsbewegung 4, übrige Parteien keinen Sitz.

Grenzmark Posen-Westpreußen. Von den 30 Sitzen im Landtag entfallen voraussichtlich auf die Deutschnationalen 11, Zentrum 9, Sozialdemokraten 5, Deutsche Volkspartei 2, Deutschvölkische Freiheitspartei 1, Nationale Vereinigung 1, Völkische Vereinigung 1.

Provinz Brandenburg: Die Mandatsverteilung steht noch nicht fest. Es haben an Stimmen erhalten: Deutsche Volkspartei 52 531, Deutschnationale 217 930, Deutschvölkische Freiheitspartei 18 767, Nationalliberale 5660, Wirtschaftspartei 28,039, Bürgerblock 4971, Gemeindewohlfahrtsblock 234, Wahlvereinigung Stadt und Land 48 466, Wirtschaftsblock Osthavelland 9046, Sozialdemokratische Partei 247 169, Deutschdemokratische Partei 28 972, Kommunisten 64 662, Zentrumspartei 9407, Deutschsoziale Partei 4308, Nationalsozialistische Arbeiterpartei 2050, Sparerbund (Aufwertung) 13 556, Unabhängige Sozialdemokraten 2238, Wahlvereinigung Bauern- und Mittelstandsliste 11 109 Stimmen. Aus sechs Kreisen stand das Ergebnis noch aus.

Provinz Pommern: Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei und Wirtschaftspolitische Liste 47, Sozialdemokraten 20, Demokraten 2, Kommunisten 4, Aufwertungspartei 3 Mandate.

Provinz Sachsen: Sozialdemokraten 34, Kommunisten 17, Demokraten 5, Zentrum 5, Vereinigung sachlicher Arbeit 46, Völkischer Block 3 Sitze.

Provinz Schleswig-Holstein: Im Provinziallandtag haben künftig Wiederaufbau 19 Sitze, Sozialdemokraten 19, Demokraten 3, Kommunisten 4, Einigkeit 1 Sitz, Handwerk, Handel und Gewerbe 1, Klein- und Mittelbauern 2 Sitze, Landwirtschaft 8 Sitze, Wirtschaftsparei des deutschen Mittelstandes 1 Sitz.

Provinz Oberschlesien: Schwarzweißrot 12 Abgeordnete, Zentrum 27, Sozialdemokraten 6, Polen 4, Kommunisten 4, Demokraten 1. Wahlbeteiligung rund 50%.

Provinz Niederschlesien: Sozialdemokraten 85 928 Stimmen, Deutschnationale 73 489, Zentrum 22 067, Deutsche Volkspartei 14 359, Deutschdemokratische Partei 12 128, Kommunisten 7492, Wirtschaftspartei 12 376, Bauernpartei 3640, Deutschsoziale 4966, Deutschvölkische 2123, Haus- und Grundbesitzer 1968, Volkswirtsch. i. Niederschles. 508, Wirtschaftliche Notgemeinschaft 2570. Es stehen noch sechs Kreise aus. Die Mandatsverteilung steht noch nicht fest.

Rheinprovinz: Zentrum 73 Sitze, Sozialdemokraten 24, Deutsche Volkspartei 16, Deutschnationale 16, Kommunisten 18, Deutschdemokraten 4, Wirtschafsparei 5. Die Wahlbeeiligung betrug 40%.

Provinz Westfalen: Zentrum 250 924 Stimmen, Sozialdemokraten 129 325, Deutsche Volkspartei 82 023, Deutschnationale Volkspartei 74 324, Kommunisten 78 620, Demo-

kraten 17 323, Unabhängige 2819, Polen 8090, Christl. Soz. Gesinnungsgemeinschaft 3693, Christl. Soz. Partei 9145, Völkische 3162, Landwirtschaft 2878, Sparerbund 6278, Wirtschaftspartei 11 217.

Provinz Hannover: Vereinigte Hannov. Provinziallandtagsliste (Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Volkspartei) 248 526 Stimmen, Deutsche Volkspartei 14 801, Deutschhannov. 6863, Haus- und Grundbesitz 71 717, Zentrum 97 573, Demokraten 36 171, Sozialdemokraten 314 193, Kommunisten 38 450, Deutschsoz. 17 282, Sparerbund 21 334, Wirtschaft und Handwerk 39 140, Deutschvölkisch 6551.

Provinz Hessen-Nassau: Der Kommunallandtag wird 52 Sitze umfassen, die sich folgendermaßen verteilen: Sozialdemokraten 16 Sitze, Zentrum 12, Kommunisten 4, Wirtschaftspartei und Mittelstand 3, Arbeitsgemeinschaft 8, Deutsche Volkspartei 3, Deutschnationale 3, Demokraten 3.

Hohenzollernsche Lande: Von den 24 Sitzen entfallen auf das Zentrum 16 Sitze, Demokraten 3, Bürgerpartei 1, Sozialdemokraten 1 und Bauernbund 3.

Im Vergleich zu den letzten Reichstagswahlen haben nach dieser Aufstellung die Sozialdemokraten in einigen Provinzen zahlreiche Stimmen an die Kommunisten abgeben müssen. Auch die Wirtschaftspartei hat in einigen Wahlkreisen Gewinne zu verzeichnen, die auf Kosten der Demokraten und der Deutschen Volkspartei gehen.

Vorläufiges Gesamtergebnis für den Westf. Prov. Landtag

Zentrum 473 121, Soz. 315 383, D. Vp. 170 938, Dn. Vp. 160 622, K. 127 695, Dem. 35 436, USP. 4857, Polen 12 891, Christl.-soz. G. 13 789, Christl.-soz. P. 14 268 Völk. 6611, Partei für Wahrheit und Recht 1178, Landw. 8762, Partei für Menschenrechte und Frieden 1054, Sparerbund 11 377, Wirtschaftliche Wählervereinigung 221, Wirtschaftsp. 29 588.

Das vorläufige Endergebnis

Dortmund, 30. Nov. Nach dem vorliegenden Endergebnis beträgt die Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen 1 454 836.

Die 138 Sitze verteilen sich nach den vorläufigen Berechnungen auf die einzelnen Parteien wie folgt:

Zentrum:	49 (bisher 50)
Sozialdemokratische Partei:	32 (bisher 31)
Deutsche Volkspartei:	16 (bisher 17)
Deutschnationale Volkspartei:	15 (bisher 12)
Kommunisten:	13 (bisher 10)
Demokraten:	4 (bisher 6)
Polen:	1 (bisher 2)
Christlich-soziale Partei (ev):	1 (bisher 0)
Christlich-soziale Partei (kath.):	2 (bisher 0)
Landwirtschaftspartei:	1 (bisher 0)
Sparerbund:	1 (bisher 0)
Wirtschaftspartei:	3 (bisher 0)

Es ist nicht ausgeschlossen, das nach der für Dienstag nachmittag zu erwartenden amtlichen endgültigen Berechnung noch kleine Veränderungen eintreten. Die Unabhängigen, die im früheren Provinziallandtag mit 6 Mandaten vertreten waren, sind bei der Verteilung der Sitze leer ausgegangen. Keinen Sitz erhalten ferner: Deutschvölkische Freiheitspartei, Partei für Wahrheit und Recht, Partei für Menschenrecht und Frieden und die Wirtschaftliche Wählervereinigung. Infolge der Bevölkerungszunahme der Provinz Westfalen hat sich die Zahl der Provinziallandtags-Abgeordneten, die bisher 134 betragen hat, um 4 erhöht.

Die Senkung der Lohnsteuer.

Der Gesetzentwurf vor dem Reichsrat.

Dem Reichsrat ist jetzt der Gesetzentwurf über die Senkung der Lohnsteuer zugegangen. Die wichtigste Änderung hat darin der § 70 des Einkommensteuergesetzes erfahren, der bestimmt:

„Vom Arbeitslohn bleiben für den Arbeitnehmer 1200 Reichsmark jährlich (bisher 960) vom Steuerabzug frei, und zwar:

a) 720 (bisher 600) Reichsmark jährlich als steuerfreier Lohnbetrag;

b) 240 (bisher 180) Reichsmark jährlich zur Abgeltung der Werbungskosten;

c) 240 (bisher 180) Reichsmark jährlich zur Abgeltung der Sonderleistungen (§ 17)."

Die Änderung soll ab 1. Januar Geltung haben. Gleichzeitig werden auch die entsprechenden Bestimmungen über die allgemeine Einkommensteuer den Bestimmungen über die Lohnsteuer angepaßt.

Was Briand sagen wird.

Das Programm der neuen französischen Regierung.

Über den Inhalt der Regierungserklärung des Ministeriums Briand glauben einige Pariser Blätter Mitteilungen machen zu können.

Nach dem „Matin" wird darin betont werden, daß das in Locarno begonnene europäische Friedenswerk fortgesetzt werden müsse. Außerdem soll eine Herabsetzung der Militärdienstzeit, nach dem „Echo de Paris" auf ein Jahr, angekündigt werden. Hinsichtlich der Finanzpolitik glaubt der „Matin", daß Loucheur nach 10 Tagen seinen Plan fertiggestellt haben wird, für dessen Ausarbeitung ihm ein technischer Ausschuß von ungefähr 15 Mitarbeitern zur Verfügung gestellt werden wird. Eine Konsolidierung der Schatzbonds und der Bonds der nationalen Verteidigung und ganz allgemein der kurzfristigen Verpflichtungen ist nicht vorgesehen. Was die Inflation anbetrifft, so sagt der „Matin": Der neue Finanzminister kann heute nicht beteuern, daß er nicht in kürzester Frist eine bestimmte Summe brauchen wird. Außerdem wird eine endgültige Regelung der Frage der interalliierten Schulden geplant. Loucheur, der mit dem englischen Schatzkanzler enge freundschaftliche Beziehungen unterhält, wird mit ihm sicher zusammentreffen, sobald seine parlamentarischen Verpflichtungen ihm die Zeit dazu lassen werden.

„Journal" meldet, Briand werde zuerst die Verabschiedung des Budgets fordern und erst nachher die Diskussion der Finanzsanierungspläne Loucheurs verlangen.

Revolutionäre Strömungen in China.

Aufforderung zum Sturz der Regierung.

Linksradikale und Studenten haben zahlreiche Häuser hoher Beamter, darunter des Finanzministers, des Verkehrsministers, des Polizeichefs und des Chefsekretärs des Kabinetts demoliert. Propagandazettel verlangen die Einsetzung einer Volksregierung und die Vernichtung der Militaristen. Später wurde das Haus der Zeitung „Hsin Pao", die als antikommunistisch gilt, in Brand gesteckt. Der General Fengyuhsiang hat bisher die Gesuche der Regierung um Intervention unbeachtet gelassen.

Litschinglin, der Zivilgouverneur von Tschihli, soll nach Tientsin entflohen sein. Tschangtsolins früherer Anhänger, der General Knosungling, erließ ein Manifest gegen Tschangtsolin, in dem der Entschluß verkündet wird, in der Mandschurei eine neue Regierung zu errichten, wobei die Regierten sich selbst regieren sollen. Man müsse nach einem dauernden Frieden nicht nur in der Mandschurei, sondern in ganz China streben.

Marinetruppen aus Tsingtau versuchten, die Kasernen in Tschifu zu besetzen. Die hier garnisonierenden Soldaten widersetzten sich dem und es kam zum Kampf, der mit einem Sieg der Marinetruppen endete. Die Verluste werden auf 35 Tote und 50 Verwundete geschätzt, darunter befinden sich mehrere Nichtkämpfer. Die chinesischen Läden und Banken bleiben geschlossen.

Schwere Kämpfe in Syrien.

Kriegszustand im Hauran.

Im südlichen Syrien sind außerordentlich schwere Kämpfe ausgebrochen. Von Hermon bis Litani ist ein einziges Schlachtfeld. Französische Flugzeuge belegten alle von den Drusen besetzten Dörfer mit Bomben. Rascheya, welches die Franzosen zurückerobert hatten, erwies sich als unhaltbar und mußte am 26. November wieder aufgegeben werden, da die Umgebung von den Feinden nicht zu säubern war und noch besonders harte Kämpfe am Brückenkopfe der französischen Stellung bei Hurdula und Burzes im Litani bestanden werden mußten.

Zeid Atrasch, der Bruder des Sultans Atrasch Pascha, erhielt drusische Verstärkungen, die vom Djebel Drus kamen. Im Hauran wurde der Kriegszustand erklärt. Die aufständischen Drusen brannten die Häuser von Rascheya nieder. Aus dem Gebiete von Schuf wird gemeldet, daß die dort ansässigen drusischen Stämme sich den Aufständischen anschlossen. Der Kommandant der drusischen Freiwilligen des Libanongebiets wurde unabsichtlich nahe Djezzin von französischen Fliegern durch eine abgeworfene Bombe getötet.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 2. Dezember 1925

☐ **Wohnungsneubau und Hauszinssteuer.** Gegenüber irrtümlichen Auffassungen über die Hauszinssteuerpflicht der mit sogenannten Hauszinssteuerhypotheken geförderten Wohnungsneubauten weist der Amtliche Preußische Pressedienst darauf hin, daß die mit Hauszinssteuerhypotheken bedachten Wohnungsbauten der Hauszinssteuer nicht unterliegen.

☐ **Postalisches.** Für Päckchen und geschlossene Briefsendungen mit zollpflichtigem Inhalt nach dem Saargebiet ist die vorherige Beschaffung einer durch die Zolldirektion in Saarbrücken ausgestellten Einfuhrgenehmigung nicht mehr erforderlich. Es genügt, wenn diese Sendungen mit dem vorgeschriebenen grünen Begleitzettel versehen sind. Im Saargebiet wird für Briefsendungen jeder Art mit zollpflichtigem Inhalt jetzt in gleicher Weise, wie dies bereits bei Paketsendungen geschieht, eine Zulassungsgebühr von 10 Centimen für jede Sendung (oder von 60 Centimen für mehr als 5 Sendungen) erhoben. Fortan sind im Postpaket- und Wertkästchenverkehr mit Frankreich (einschl. Monako und Algerien) Gebührenzettel zugelassen. Nach einer Mitteilung der persischen Postverwaltung führt der Hafenort Enzeli am Kaspischen Meer fortan die Bezeichnung Pehlevi.

—* **Neueinteilung westfälischer Landkreise.** Der preußische Minister des Innern hat den Regierungspräsidenten von Arnsberg um Eingabe eines Berichts ersucht betr. Neueinteilung der Landkreise. Diese soll angestrebt werden wegen der Neuregelung der kommunalen Verhältnisse im Industriegebiet. Dem Vernehmen nach wird erstrebt, diese Neuregelung noch in dem zu erwartenden Eingemeindungsgesetz mit festzulegen. Es kommen in Frage der Restkreis Bochum, die Landkreise Dortmund, Hörde, Hagen und Schwelm.

—* Das Versorgungsamt Soest teilt uns mit: Im Monat Dezember 1925 finden folgende **Versorgungssprechtage** statt: Dienstag, den 15. Dezember, 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags in Hagen, Restauration Eduard Müller, Inh. Meinhardt, Hagen, Hochstraße 72; Mittwoch, den 16. Dezember, 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags in Siegen, Gasthof Heinrich Klein, Siegen, Koblenzerstraße 42. Die Rentenpapiere-Bescheide, frühere Militärpapiere sind unbedingt mitzubringen.

& **Halver,** 1. Dez. Sonntag abend geriet auf der Chaussee nach Brügge im Eichholz unterhalb des letzten Hauses nach Oeckinghausen zu ein Auto, indem es ausweichen wollte, zu nahe an den Abhang und stürzte hinunter. Dabei entzündete es sich und geriet in Brand. Die Insassen sollen sich dadurch gerettet haben, daß sie herausprangen. Der Fahrer soll nicht unerhebliche Verletzungen am Arm davongetragen haben. Das Auto ist völlig ausgebrannt, auch die darin befindlichen Reisekoffer mit Inhalt. An ein Abschleppen konnte bei dem entsetzlichen Schneefall nicht gedacht werden. Das Auto soll aus dem benachbarten Rheinland gekommen sein.

—k **Kierspe,** 28. Nov. In der gestrigen Sitzung der Gemeindevertretung von Kierspe, die im Sitzungssaale des Amtshauses stattfand, wurde folgendes verhandelt und beschlossen. 10 Punkte in Unterstützungssachen und 8 Punkte in Steuererlaßanträgen fanden ihre Erledigung. Die Rechnung der Sparkasse für das Rechnungsjahr 1924 wurde geprüft und festgesetzt in Einnahme und Ausgabe auf 6 466 325,15 Mk. Der Reingewinn beträgt 2285,10 Mk. Dem Rendanten wurde Entlastung erteilt. Die Gemeindekassenrechnung schließt ab in Einnahme mit 275 543,01 Mk., in Ausgabe mit 275 884,11 Mk. Die Schulkassenrechnung wurde festgesetzt in Einnahme und Ausgabe auf 76 693,78 Mk. Dem Rendanten wurde Entlastung erteilt. Die vorgekommenen Etatsüberschreitungen wurden genehmigt. Die Uebernahme der Kosten für die psychotechnische Eignungsprüfungen der schulentlassenen Kinder wurden abgelehnt. Für den Feuerausschuß wurden als Schachverständige die Installateure Hugo Alte und Hugo Lemmer gewählt. Vertretung steht der Einrichtung eines Wochenmarktes in Kierspe-Bhf. sympatisch gegenüber. Insbesondere hofft

Dunkle Mächte.

29] Kriminal-Roman von **Friedr. L. Zöllner.**

Wiemanns Zeitungs-Verlag, Berlin W. 66. 1925.

„Das kann nicht Ihr Ernst sein, Herr Wallner. Noch vorhin sagten Sie, daß . . ."

„Ja, ja, natürlich liegt mir der Gedanke ganz fern, weil ich überzeugt bin, daß wir zu einer Einigung kommen werden. Verzeihen Sie, aber die Unmenschlichkeit des Burschen hat mich erregt, so daß ich mich hinreißen ließ."

„Wie denken Sie sich denn seine Bestrafung, Herr Wallner?"

„Ich zwinge ihn in Ihrer Gegenwart zu einem schriftlichen Bekenntnis seiner Untaten und lasse ihm dann die Wahl zwischen der Verhaftung und der Kugel aus seiner eigenen Waffe. Ich zweifle kaum daran, daß er den Tod der Schande und jahrelanger Zuchthausstrafe vorziehen wird. Sind Sie mit dieser Lösung einverstanden?"

„Hm, das ist eine Frage Herr Wallner, die ich — hm — die mir —"

„Bedenken Sie, Herr Inspektor, daß die Lösung des Rätsels und die Entdeckung des Schurken ganz in meine Hand gegeben ist," flocht der Detektiv ein, als jener unschlüssig stockte. Seine Stimme klang hart und fest, und der eherne Ausdruck seiner Züge ließ keinen Zweifel darüber, daß er unter keinen Umständen von seiner Bedingung abgehen werde.

Es folgte eine längere Pause, in der keiner der beiden Herren ein Wort sprach.

Der Detektiv war nach seiner letzten Bemerkung aufgestanden und ans Fenster getreten, so daß er dem Inspektor den Rücken wandte, wie, um nicht Zeuge des Kampfes zwischen Mensch und Beamten zu sein. Er wußte, daß er siegen werde, und wartete daher geduldig, bis endlich ein Anruf des Inspektors ihn sich umwenden ließ.

„Nun, Herr Inspektor," fragte er höflich, „sind Sie zu einem Entschluß gekommen?"

Der Beamte versuchte ein Lächeln, das allerdings nicht ganz ungezwungen schien.

„Es sei, wie Sie wünschen, Herr Wallner," sagte er dann. „Ich will Ihren Absichten nicht im Wege stehen, trotzdem ich eigentlich die Verantwortung . . ."

„Bitte, Herr Inspektor," wehrte Norbert Wallner seinen weiteren Worten, „jede Verantwortung trage ich. Niemand wird je erfahren, daß ich es war, der die Aufklärung der geheimnisvollen Diebstähle herbeigeführt hat, und daß ich Ihnen irgendwelche Bedingungen gestellt habe."

Er entnahm seiner Brusttasche ein Schriftstück, das er entfaltete:

„Ich habe hier einen Entwurf angefertigt, der ein eingehendes Bekenntnis darstellt. Sie werden ihn abschreiben, damit die Handschrift nicht verrät, daß ein Dritter im Spiel war, und jener Bube wird ihn unterzeichnen. Darf ich Ihnen den Anfang vorlesen?"

Er setzte sich wieder auf seinen vorigen Platz und las dann:

„Berlin, den . . . . .

In Gegenwart des Herrn Kriminalinspektors Boeder bekenne ich . . ." (Hier folgt der Name, den ich vorläufig noch freigelassen habe.) „. . ., daß die im Folgenden einzeln aufgeführten Diebstähle einzig und allein zu meiner Last fallen . . ." Hier folgt eine ganz eingehende Beschreibung der seit Mitte Mai verübten Diebstähle, die ich den Akten entnommen habe. Sie ist also unbedingt zuverlässig. Das Weitere brauche ich nicht erst zu lesen. Sie werden es nachher bei der Abschrift ja erfahren. Ich habe nichts vergessen, um auch den Geschädigten zu einem Ersatz ihres gestohlenen Gutes zurückzuverhelfen, das ja mittlerweile wohl nicht mehr herbeizuschaffen sein wird. Durch den Tod des Schurken wird also niemand benachteiligt werden, und auch der Gerechtigkeit wird vollauf Genüge getan. Auch der verhaftete Verkäufer der gestohlenen Wertsachen erhält durch dies Bekenntnis seine Ehre und seine Freiheit wieder. Der wahre Schuldige erkennt darin ausdrücklich an, daß jener in Hypnose gehandelt und von seinem verbrecherischen Tun selbst keine Ahnung gehabt hat. — Ich denke, Sie sind nun auch innerlich mit meinem Plan einverstanden, Herr Inspektor."

Der Beamte nickte.

„Geben Sie den Entwurf her, Herr Wallner; ich will unverzüglich die Abschrift anfertigen."

Der Detektiv reichte ihm das Schriftstück hinüber.

Der Inspektor nahm es und legte es neben sich auf die Schreibtischplatte. Im Begriff, nach dem Federhalter zu greifen, hielt er noch einmal inne und fragte: „Und der Name, Herr Wallner? Darf ich ihn jetzt erfahren?"

Norbert Wallner sah ihn ernst und bedeutsam an und entgegnete dann langsam: „Baron von Warren."

Wie ebensoviele Hammerschläge fielen die drei Worte in die Stille des Zimmers.

In der nächsten Sekunde flog der Stuhl des Inspektors polternd zu Boden. Er selbst stand weit vornübergebeugt, mit den Händen sich an den Seiten des Schreibtisches haltend, und starrte seinen Gast an, als fürchte er für dessen Verstand.

„Herr Wallner! Das — das ist doch — ist doch selbstverständlich ein fauler Witz! Baron von Warren, den ich persönlich zu kennen die Ehre habe, und den ich wegen seiner unbedingt vornehmen, ehrenhaften Gesinnung hochschätze, er soll — soll ein Verbrecher, ein Schurke . . ."

„Ich bitte Sie, Herr Inspektor, bleiben Sie ruhig!" fiel ihm der Detektiv gelassen ins Wort. „Meine Ueberraschung, als ich gestern nachmittag plötzlich feststellte, wem eigentlich mein Suchen galt, war kaum geringer, als jetzt die Ihrige. Hätte auch ich ihr solchen Ausdruck gegeben, so wäre der Vogel wahrscheinlich schon längst ausgeflogen."

„Donnerwetter!" rief der Beamte verblüfft, „die Mahnung war stark, aber berechtigt. Ich vergaß für den Augenblick, daß Ihre Mitteilung nicht dem Menschen in mir, sondern dem Beamten galt. Immerhin aber werden Sie mein Entsetzen verstehen können. Ich vermag es ja jetzt noch kaum zu fassen, daß ich richtig gehört haben soll. Der Baron von Warren ein ganz abgefeimter, gefühlloser Schurke! Ich kann's nicht glauben. Ist denn tatsächlich jeder Irrtum ausgeschlossen?"

Der Detektiv zuckte die Achseln.

(Fortsetzung folgt.)

aber den Verbrauch nicht im Geringsten belastet, sondern nur die Gastwirte des Kreises mehr oder minder empfindlich belästigt und schädigt. Da diese eigenartige Steuer in der Oeffentlichkeit nicht genügend bekannt sein dürfte, der neu zu wählende Kreisausschuß aber erneut zu ihm wird Stellung nehmen müssen, mögen diese Zeilen weiteren Kreisen zur Aufklärung dienen.

Die außergewöhnlich hohen Prozentsätze der in der Inflationszeit geborenen Steuer lassen unschwer erkennen, daß — übrigens mit einer gewissen Berechtigung — der in Ueberfluß lebende Schlemmer getroffen und zu den Bedürfnissen der Allgemeinheit herangezogen werden sollte. Im Kreise Altena besteht die Steuer seit dem 1. April 1924, sie soll für Wein, Bier und Branntwein 5 Prozent und für Schaumwein 15 Prozent des Kleinhandelspreises betragen. Zur Entrichtung der Steuer ist verpflichtet:

1. Der Gastwirt oder Händler bei Abgabe der Getränke an Verbraucher,
2. derjenige, welcher von auswärts steuerpflichtige Getränke zum Selbstverbrauch bezieht.

Die praktische Durchführung dieser Bestimmung ist aber ein Ding der Unmöglichkeit; denn es ist eine durch Rechtsprechung anerkannte Tatsache, daß der Gastwirt mit dem besten Willen nicht imstande ist, seine steuerpflichtigen Einnahmen von den steuerfreien zu trennen und ordnungsmäßig zur Versteuerung anzumelden. Ebenso unmöglich ist es, die in der Wohnung des Selbstverbrauchers anmeldepflichtig und fällig werdenden Steuern einwandfrei zu erfassen.

Der Kreisausschuß hat diese Unmöglichkeiten sehr wohl erkannt, er hat aber, um dennoch aus dieser Quelle schöpfen zu können, den einzig möglichen, leider nicht einwandfreien Weg gewählt, die Veranlagungsbehörden zu beauftragen, „mit einzelnen Steuerpflichtigen oder Interessen-Verbänden Vereinbarungen, insbesondere über Pauschalierung, Einziehung, Ueberwachung und Sicherung der Steuer zu treffen". Auf Grund dieser Ermächtigung kann die Verwaltungsbehörde (Bürgermeister Amtmann) mit den Steuerpflichtigen vereinbaren:

a) entweder die Steuer nach der Bier-Rechnung zu ermitteln, indem der Satz für Bier auf 6 Prozent erhöht und damit die auf Branntwein entfallende Steuer für abgegolten erklärt wird, oder

b) nach dem Gesamt-Bierumsatz des Veranlagungsbezirks die Steuer auf Grund von Angaben der steuerpflichtigen Wirte zu vereinbaren, und es dem Wirte-Verein zu überlassen, sie auf die einzelnen Mitglieder umzulegen, einzuziehen und an die Gemeindekasse azuführen. Ueber Vereinbarungen mit steuerpflichtigen Selbstverbrauchern ist nichts bekannt geworden.

Dieses einzig dastehende Verfahren hat zur Folge gehabt, daß die von den Gastwirten zu entrichtende Steuer, je nach der Geschicklichkeit, mit der beide Parteien ihre Interessen wahrzunehmen wissen, zwischen 1 bis 6 Mark und darüber je Hektoliter Bier schwankt, während der Alkohol-Genießer, der nach dem Gesetz die Steuer tragen soll, überhaupt keine Steuer bezahlt; denn von den in der Gaststätte genossenen Getränken bezahlt der Wirt die Steuer, der sie wegen des Wettbewerbes mit mehr oder weniger steuerfreien Wirten und Selbstverbrauchern nicht auf den Verbrauch abwälzen kann und von den daheim genossenen steuerpflichtigen Getränken wird wegen der Umständlichkeit des Verfahrens stillschweigend keine Steuer angefordert. Also ist der Alkoholverbraucher effektiv von der Steuer befreit, während der Gastwirt, der sich bemüht, die Steuer gewissenhaft zu berechnen, anzumelden und zu bezahlen, eine lästige und unwürdige polizeiliche Kontrolle, und falls seine Anmeldung nicht glaubwürdig erscheint, oder nicht pünktlich eingeht, Strafandrohungen über sich ergehen lassen muß.

Ein solches Verfahren muß aber zweifellos die schädlichsten Einwirkungen auf die Moral des Steuerzahlers nach sich ziehen, und der Kreisausschuß wird zu entscheiden haben, ob er eine solche Verantwortung weiter zu tragen entschlossen ist.

Es soll nicht bestritten werden, daß man sich bei der Einführung der Steuer von den besten Absichten hat leiten lassen und sich ohne Frage der Tragweite dieses Entschlusses nicht bewußt gewesen ist. Nachdem nun aber das Ergebnis von 1½ Jahren vorliegt, hat der Gastwirtestand ein Recht darauf, daß er von dieser ungerechten, bis zu 10 Prozent seines Einkommens betragenden Sonderbelastung, die auf den Kopf der Bevölkerung berechnet aber nur 50 Pfg. im Jahr ausmacht, befreit wird. Ein diesbezüglicher Beschluß dürfte dem Kreisausschuß nicht schwer fallen, nachdem durch neuere Regierungsverfügung die Getränkesteuer nicht erhöht, nicht neu eingeführt, nach dem 1. 4. 27 überhaupt nicht mehr erhoben werden darf und nachdem in jüngster Zeit nicht weniger als weit über 140 Kreise und Gemeinden diese Steuer beseitigt haben, weil ihre Durchführbarkeit auf unüberwindliche Schwierigkeiten stößt und weil sie den Ehrlichen in die schwersten Gewissenskonflikte bringt. —n.

Kleine Nachrichten.

Schutz der nationalen Arbeit.

Berlin. Dem Reichstag ist ein deutschnationaler Antrag zugegangen, der einen Gesetzentwurf zum Schutze des nationalen Arbeitsmarktes fordert. Der Antrag soll Deutschland befähigen, Absperrungsmaßnahmen fremder Regierungen gegen deutsche Angestellte, Arbeiter und sonstige Persönlichkeiten deutscher Staatsangehörigkeit durch entsprechende deutsche Gegenmaßnahmen zu beantworten. Er soll außerdem Handhaben bieten, um den Maßnahmen der Schweiz, Polens, der Tschechoslowakei und anderer Staaten gegen dort tätige deutsche Angestellte zu begegnen.

Brandstiftung durch Verwandte.

Ballenstedt. Kürzlich ist hier die Düngemittelfabrik des Amtmanns Kortum abgebrannt. Die polizeilichen Ermittelungen haben ergeben, daß Brandstiftung vorliegt. Als Brandstifter ist ein Verwandter des Besitzers verhaftet worden.

Schlagwetterkatastrophe auf Zeche Lothringen.

Essen. Montag nachmittag gegen 2 Uhr hat sich auf der Zeche „Lothringen I/II" in Gerthe bei Bochum eine Schlagwetterexplosion ereignet, der vier Tote und 13 Verletzte zum Opfer fielen. Von letzteren sind vier schwer und acht leicht verletzt. Da alle übrigen Marken abgegeben sind, ist mit weiteren Opfern an Menschenleben glücklicherweise nicht zu rechnen. Sämtliche Baue sind zurzeit wieder befahrbar. Die Leichen der vor einigen Tagen verschütteten drei Bergleute auf Schacht II der Zeche „Konstantin der Große" sind nunmehr geborgen worden. Man fand die Bergleute stehend mit der Laterne in der Hand in den Kohlenmassen vor.

Die Liquidation der Wembley-Ausstellung.

London. Die Liquidatoren der Wembley-Ausstellung haben sich zum Verkauf des Ausstellungsgeländes mit einigen Gebäuden entschlossen. Um den Erwerb des Stadions bemüht sich ein Londoner Fußballklub.

Bestätigung der Kollision des „Vidar" mit „M. 1".

Stockholm. Wie die Schwedische Telegraphenagentur meldet, ist nunmehr endgültig festgestellt worden, daß eine Kollision mit dem schwedischen Dampfer „Vidar" den Untergang des englischen U-Bootes „M. 1" herbeigeführt hat.

Fünf Tote bei einem Dampferzusammenstoß.

Riga. Der norwegische Dampfer „Atle Jarl" rammte an der Dünamündung den Schlepper „Sibens". Der Schlepper kenterte, vier Mann der Besatzung und ein Zollbeamter ertranken.

Das Postgebäude in Salamanca durch Feuer zerstört.

Madrid. Das Postgebäude in Salamanca ist durch eine Feuersbrunst vollständig zerstört worden. Die Wertbriefe konnten gerettet werden, alle übrigen Sendungen jedoch sind verloren.

Die Lage in Marokko.

Madrid. Nach einer Meldung der „Correspondencia Militar" nimmt die Tätigkeit der Rifleute besonders an der französischen Front wieder zu. Andererseits seien die inneren Zwistigkeiten unter den Kabylen im Wachsen begriffen. Weitere Meldungen sprechen von Unterwerfungen verschiedener Rifstämme unter die spanische Oberhoheit.

Spiel und Sport.

Sp. **Hockeykampf Berlin—Stettin.** Eine Berliner Städtemannschaft der ersten Klasse weilte zu einem Kampf gegen die Repräsentanten von Stettin in der pommerschen Hauptstadt. Trotz des durch Schnee etwas glatten Bodens lieferten sich beide Mannschaften ein ziemlich ausgeglichenes Spiel, das die Berliner dank ihrer größeren Schnelligkeit schließlich knapp mit 3 : 2 (1 : 0) siegreich gestalten konnten.

Sp. **Lasker in Moskau wieder siegreich.** In der vierzehnten Runde des Moskauer Schachturniers gewannen Dr. Lasker gegen Marshall, Reti gegen Yates, Romanowsky gegen Dys-Chotimirsky, Bogoljubow gegen Spielmann, Bogatyrtschuk gegen Rabinowitsch. In der Spitze ist der Stand nach der 14. Runde folgender: Bogoljubow 10½, Zähler, Lasker 10, Torre 9, Capablanca und Romanowsky je 8, Tartakower 7½, Grünfeld, Marshall und Reti je 7.

Sp. **Ein Wettmarsch von hübschen Midinettes durch Paris** war auf Sonntag vom „Petit Parisien" arrangiert worden. Hundert dieser zierlichen Laufmädchen, die mit ihren großen Kartons über die Boulevards eilen und das Bild der Pariser Straßen anmutig beleben, mußten die Stadt vom Café de la Rotonte auf dem Mont Parnasse bis zum Place Constantine Pecqueur auf dem Montmartre durchqueren. Da das Wetter schön war, hatte der fröhliche Sportlauf viele Zuschauer angelockt. Die Siegerin, eine Angestellte der Galerie Lafayette, machte den Weg in 41 Minuten und 15 Sekunden.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 30. November.

* **Börsenbericht.** Die Börsenwoche begann zunächst in uneinheitlicher Haltung, später trat namentlich in Spezialwerten, insbesondere in Schiffahrts- und Auslandswerten, eine Befestigung ein, die der ganzen Börse eine freundlichere Haltung brachte. Am Geldmarkt sind die Verhältnisse trotz der Ultimoabwickelung befriedigend, tägliches Geld über den Ultimo notierte 9—11%.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,32—20,37; holl. Gulden 168,64—169,06; Danz. 80,59 bis 80,79; franz. Frank 16,32—16,36; belg. 19,00—19,04; schweiz. 80,86—81,06; Italien 16,91—16,95; schwed. Krone 112,21—112,49; dän. 104,37—104,63; norweg. 85,39 bis 85,61; tschech. 12,42—12,46; österr. Schilling 59,18 bis 59,32; poln. Zloty (nicht amtlich) 46,63—46,87.

* **Produktenbörse.** Die Nachrichten vom Weltmarkt lauteten matter. Hier war im Anschluß an das Ausland die Haltung für Weizen auf Lieferung merklich niedriger. Das Inlandsangebot war für Weizen wie auch für Roggen anhaltend klein, aber die Kauflust sichtlich vorsichtiger. Roggenlieferung ebenfalls rückgängig. Gerste blieb ruhig. Hafer in Mittelsorten stark offeriert und in flauer Tendenz. Exportfrage bietet unlohnende Preise. Mehl ruhig und in schwächerer Haltung, ebenso Futterartikel.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	30. 11.	28. 11.		30. 11.	28. 11.
Weiz., märk.	245-248	246-249	Weizkl. f. Brl.	11,4-11,5	11,4-11,5
pommerscher	—	—	Rogkl. f. Brl.	9,7-9,8	9,7-9,8
Rogg., märk.	154-158	157-160	Raps	—	—
pommerscher	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Viktor.-Erbs.	25-32	24-32
Braugerste	189-213	190-215	kl. Speiseerbs.	23-24	23-24
Futtergerste	153-166	153-166	Futtererbsen	19,5-20,5	18,5-20,5
Hafer, märk.	169-179	171-181	Peluschken	17-18	16,5-18
pommerscher			Ackerbohnen	20-21	19,5-21
weßpreuß.			Wicken	20-22	20-22
Weizenmehl			Lupin., blaue	11,7-12,2	—
p. 100 Kil. fr.			Lupin., gelbe	13-14	—
Bln. br. inkl.	—	—	Seradella	19-21	—
Sack (feinst.	—	—	Rapskuchen	15-15,4	15-15,4
Mrk. ü. Not.)	31-36	31-36,2	Leinkuchen	23,2-23,4	23,2-23,4
Roggenmehl			Trockenschtzl.	8-8,5	7,8-8,4
p. 100 Kil. fr.			Soya-Schrot	21,4-21,6	20,9-21,3
Bln. br. inkl.			Torfml. 30/70	7,8-8	8-8,4
inkl. Sack	23-25,2	23,2-25 5	Kartoffelfl.	15,2-15,6	15,2-15,5

* **Eierbörse.** Inländische Eier: frische Inlandseier über 55 Gramm 18 bis 21 Pfg., frische Inlandseier unter 55 Gramm 14 bis 15 Pfg.; ausländische Eier: große Eier 16—22, normale 13½—15, abweichende Eier 12—13, kleine und Schmutzeier 10½—12, Kühlhauseier 12—13½ Pfg., dänische und italienische Kühlhauseier 15½—18½ Pfg. Tendenz fest. Witterung: Frost.

Städtischer Viehhof Elberfeld.

Elberfeld, 30. Nov. Auftrieb 891 Stück Großvieh, davon 231 Ochsen, 93 Bullen, 548 Färsen und Kühe, 19 Fresser, 2188 Schweine, 307 Kälber, 116 Schafe. Preise für 1 Pfund Lebendgewicht, 1. Rinder: Ochsen a. 56—58, b. 53—55, c. 52—58, d. 36—40. Bullen a) 48—50, b) 40—45, c) 30—38, Färsen und Kühe: a) 54—56, b) 51—53, c) 40—46, d) 30—35, e) 20—30. Jungvieh: a) 30—38. 2. Kälber: a. — b. 80—85, c. 70—75, d. 60—65, e. 50—55. 3. Schafe: Weideschafe: a) 50—55, b. 30—40. 4. Schweine: a. 88—90, b. 86—88, c. 85—86, d. —, e 80—84, f. 80—84.

Tendenz des Marktes: In allen Gattungen gedrücktes Geschäft. Es bleibt Überstand in Großvieh. Einzelne ausgesuchte Tiere über Notiz. Aus dem Ausland wurden eingeführt: 198 Rinderviertel, 310 Schweine, 36 Kälber.

Schriftleitung Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.



Viele Freuden

der an Ueberfluß reichen Schlachtzeit können in der knappen Zeit wiederkehren, wenn die Hausfrau in der Schlachtzeit Fleisch u. Wurst frischhält. Sie bedient sich dabei der zweckmäßigen Gläser und Sterilisier-Geräte der

Firma **WECK** Öflingen

Niederlage bei:

W. Bell jr., Halver.
Gust. Schröder, Schalksmühle.
W. Bever, Rönsahl
Aug. Vollmerhaus, Kierspe-Bhf.

Visitenkarten liefert schnellstens Druckerei Wilh. Bell jr.

Zwangsversteigerung.

Am Donnerstag, 3. Dez. 1925 vorm. 10½ Uhr versteigere ich in Kierspe-Bhf.

etwa 6000 Afrikaspaten
„ 4000 Porzellangriffe
für Stocheisen u. Kohlenlöffel
„ 1300 Kohlenlöffel
„ 1800 Bratpfannen
1 Schreibtisch
1 Schreibmaschine

öffentlich meistbietend gegen bar.

Sammelpunkt für Käufer an der **Eisenbahnunterführung Kierspe-Bhf.**

Meinerzhagen, den 29. Nov 1925.

Wehage,
Obergerichtsvollzieher.

Geschäftsaufsicht.

Ueber das Vermögen des Fabrikanten **Adolf Hamel in Oberbrügge** des alleinigen Inhabers der Firma Adolf Hamel in Oberbrügge ist heute die Geschäftsaufsicht angeordnet. Aufsichtsperson ist der Bücherrevisor Wilhelm Schnepper in Lüdenscheid

Lüdenscheid, den 27. Nov. 1925

Das Amtsgericht.

Milchversandscheine

— mit und ohne Namenaufdruck —
liefert schnell und billigst
die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Geschäfts-Eröffnung.

Der geehrten Bewohnerschaft von Halver und Umgegend zeige ich hierdurch ergebenst an, daß ich eine

Schreinerei

errichtet und mich in **Oberschmidthausen** niedergelassen habe.

Ich sichere fachgemäße Arbeit bei billigsten Preisen zu. Um geneigten Zuspruch bittend, zeichne ich

hochachtungsvoll
Otto Schmidt.

Bekanntmachung.

Kostenlos teile ich jedem, der an
Rhematismus, Ischias, Gicht, Hexenschuß oder Reißen
leidet, mit, wie ich von diesem Uebel innerhalb kurzer Zeit vollständig geheilt wurde.

Ich versende nichts, sondern gebe nur Auskunft in der Absicht meinen Mitmenschen zu helfen.

Bitte Freikuvert beifügen.

Robert Liebetrau, Polizei-Sekretär.
Eberswalde i. M., Eisenbahnstr. 55.

ATA
putzt und reinigt alles!
Höchste Reinigungswirkung und vielseitige Verwendbarkeit zeichnen es aus.
ATA
Henkel's Putz- und Scheuermittel



Taschenlampen
Batterien
Birnen
neu eingetroffen.
Wilh. Bell jr., Halver.

Vereinigte Turn- u. Spielvereine e. V. Halver.

Sonntag, 6. 12. 25.
5 Uhr nachm.

Versammlung

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Turnrat.

Haushälterin

v. alleinstehendem Mann **für sofort gesucht.**

Kleine Landwirtschaft mit 1 Kuh vorhanden.

Gefl. Angebote unter **R 210** an die Geschst. d. Allg. Anz. Halver erb.

Abreiß-Kalender
für das Jahr
19 **1** 26
Januar
empfiehlt
Wilh. Bell jr.,
Halver.